

30 PF.

Rote Hilfe

MÜLLER - KANTZENBACH -BANDE WÜTET WEITER

POLIZEIAKTION IN DER JÜGELSTRASSE :

Im Oktober dieses Jahres sind Kommunalwahlen. Wie überall, will die regierende SPD auch in Frankfurt Stimmenverlusten begegnen, indem sie sich als Garant für Sicherheit und Ordnung aufspielt, statt die versprochenen und längst überfälligen Reformen durchzuführen. Diejenigen, die die Lösung ihrer dringendsten Probleme selbst in die Hand genommen haben, werden von der sozialdemokratischen Bürokratie in Stadt und Universität planmäßig zu gesellschaftlichen Randgruppen ohne Existenzrecht gestempelt. Dazu gehören Studenten, die ihre repressive Prüfungsordnung durch Boykott der Prüfung ändern wollten; ausländische Arbeiter und Studenten, die von der SPD geduldeten Wucherermieten nicht zahlen können und deshalb leerstehende Häuser besetzen; Ärzte und Patienten, die gegen die Irrenhausideologie der herkömmlichen Psychiatrie angehen; schließlich jene Rechtsanwälte, die immer wieder versuchen, Unterdrückungsmaßnahmen des Staatsapparates abzuwehren, indem sie die elementarsten Menschenrechte der Unterdrückten sichern wollen.

Es ist offensichtlich, daß die herrschende Klasse die Universität als z.Z. gefährlichsten Unruheherd betrachtet. Und das nicht ohne Grund, denn dort treten die gesellschaftlichen Widersprüche besonders augenfällig zutage. Um ein Gegengewicht gegen die studentischen Aktions-

gruppen und "Unruhestifter" zu bilden, baut die Stadtverwaltung zusammen mit der Universitätsbürokratie ihre eigene Gruppe auf, mit dem Ziel, den aufmüpfigen Studenten den Garaus zu machen. So bat Polizeipräsident Müller (SPD) seinen Parteifreund, den Universitätspräsidenten Kantzenbach, kürzlich in einem Brief, dafür Sorge zu tragen, daß in den Häusern der Jügelstraße sich keine "Randgruppen und Obdachlose" mehr aufhalten sollten. Randgruppen und Obdachlose, das waren u.a. die Rote Zelle Wirtschaftswissenschaften, der AstA-Kindergarten, das Uni-Filmstudio, die Therapiegruppe der Psychotherapeutischen Beratungsstelle der Universität.

Kantzenbach trug diesem Sorge: gutgelaunt sah er der beispiellos brutalen Räumungs-, Festnahme- und Zerstörungsaktion der Polizei seines Komplizen Müller durch das Fenster seines Dienstzimmers zu.

Die Müller-Kantzenbach-Bande war endgültig an der Universität etabliert. Der Anfang ist gemacht, auch wenn Kantzenbach als der zweite Mann der Bande noch Schwierigkeiten hat, das Image des Reformpräsidenten abzustreifen und ebenso kaltschnäuzig und zynisch wie seine Kumpanen von der Polizei zu agieren.

Auf die wütenden, fassungslosen, ungeduldigen Fragen der Betroffenen und ihrer Anwälte verstrickte er sich noch heillos in Wider-

sprüche: "Ich bin kein Jurist." (Richtig) - "Es hat nie einen Mietvertrag mit den Bewohnern der Jügelstraße 7 gegeben." (Richtig, aber ein unentgeltliches Nutzungsrecht auf unbestimmte Zeit mit der Zusage rechtzeitiger Ankündigung des Abbruchs) - "Ich wußte nicht, daß dort jemand wohnt; ich habe nur ein paar Stühle und Bücher gesehen." (Er hätte wissen müssen: Wenige Wochen zuvor hatten die Angestellten des Universitätskanzlers Thymen, Strobel und Grund, alle Stockwerke des Hauses Nr.7 besichtigt; am Tag der Räumung erklärte diese Angestellten den Ärzten: "Wir konnten Sie von der Polizeiaktion aus Sicherheitsgründen nicht unterrichten") Kantzenbach zu Dr. Leuschner: "Ich habe da mal ein paar eingerichtete Zimmer gesehen" - "Unter Psychotherapie kann ich mir nicht viel vorstellen, das sind Spezialsachen, um die ich mich nicht kümmern kann."

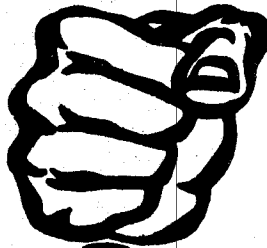
Hier kommt er endlich zum Vorschein, der technokratische Macher, der sich um solche "Spezialsachen" wie Bedürfnisse von Kranken nicht kümmern kann.

Viel konsequenter sein Komplize Müller mit seinen Assistenten, Kriminaloberrat Panitz und dem SDS-Renegaten Obermagistratsrat Vogt, die nur wenig rechtsstaatliches Legitimationsbedürfnis zeigten. Müller auf die Frage des Rechtsanwalts Golzem vom Anwaltskollektiv nach der Rechtsgrundlage der Aktion: "Seit wann halten Sie sich denn an das Gesetz, Herr Golzem?" (Was ja nur bedeuten kann: die Polizei schon lange nicht mehr!)

Auf den Vorhalt, die Bewohner brutal aus dem Schlaf gerissen zu haben: "Das werden wir beantworten." Die Anwälte der Ärzte und Patienten, die die Zerstörungen durch die Polizei mit eigenen Augen sehen wollten, bekamen den Zutritt verweigert mit der Begründung: "Wir können Sie nur mit Zustimmung der Universität einlassen. Wir haben hier nämlich die Sicherung des Eigentums der ehemaligen Bewohner übernommen." Müller auf den Vorhalt der Rechtsanwälte Plottnitz und Koch, was denn noch nach der vandalistischen Zerstörungsaktion der Polizei zu schützen sei: "Meine Beamten begehen keine Zerstörungen"; unterstützt von Panitz: "Was wollen Sie, ich habe, die Räume vorher und nachher besichtigt und konnte keinen großen Unterschied feststellen."

Auf Müllers Eingeständnis, die Räume nach dem Überfall der Polizei nicht gesehen zu haben, forderten ihn die Ärzte und ihre Anwälte zur Besichtigung auf. Nach kurzer Unschlüssigkeit lehnte Müller ab: "Ich muß mich jetzt um die Festgenommenen kümmern, die

Neuer Coup der
MÜLLER - KANTZENBACH - BANDE
Am frühen Morgen des 13.3.72 wurde die Eschersheimer Landstraße 107 von Mitgliedern der Bande heimgesucht und geräumt



haben alle Entzugserscheinungen." Sprach's um 10 Uhr; um 20 Uhr waren noch siebzig Festgenommene inhaftiert, Entzugserscheinungen hin oder her.

Überhaupt versuchten Müller und Kantzenbach, den Anwälten der Psychiatriegruppe ihre Pflichterfüllung als Organ der Rechtspflege so schwer wie möglich zu machen. Allein die Frage des Zugangs zu den verwüsteten Räumen gestaltete sich zur Odyssee, weil ein Bandenführer sich hinter der Kompetenz des anderen versteckte: Der Posten am Hauseingang verwies an den Einsatzleiter, der Einsatzleiter an die Universität als Inhaberin des Hausrechts,

der Universitätsbeamte Grund an die Einsatzleitung, diese an den Posten, der sich schließlich bei der Leitung in Gegenwart des Universitätsbeamten durch Sprechfunk vergewisserte und - die Anwälte einließ.

Das Spiel dauerte 20 Minuten und wurde lückenlos wiederholt, als wir den Zutritt für einen Pressefotografen erkämpften. Zweck der Übung war wohl auch, den Bewachern Gelegenheit zu geben, ihr Zerstörungswerk notdürftig wiederherzurichten, bevor fotografiert wurde. Trotzdem störten wir noch drei Kriminalbeamte (offensichtlich von der Sicherungsgruppe Bonn) bei ihrer Arbeit, Spurensicherungskärtchen anzulegen, natürlich ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl. Aber das war ja nicht ungewöhnlich, hatte man doch schon morgens die Frankfurter Kriminalpolizei die Schubladen der Ärzte und Kranken durchwühlen sehen, obwohl die Polizeiführung wiederholt versichert hat, alles sei keineswegs eine Maßnahme der Strafverfolgung, sondern eine reine Polizeimaßnahme zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Was zu fotografieren blieb, war noch entsetzlich genug. Der Fotograf nahm alles auf, was die bei der Polizei akkreditierten Reporter nicht aufnahmen: die Ergebnisse namenloser Zerstörungswut, die vor nichts haltmachte, nicht vor Patientenpapieren, nicht vor den dringend benötigten Medikamenten, nicht vor der Notarztausrüstung der Ärzte, auch nicht vor den Büchern.

Die therapeutische Arbeit eines ganzen Jahres ist zerstört. Zyrischer Kommentar von Polizeipräsident Müller zu dem Arzt Mathis Bromberger: "Sie sind ja nur traurig, weil Ihre Idylle kaputt ist." Nein, Idyllen, Therapiemodelle, Spielräume für abweichendes, all das darf es in der gesäuberten Stadt nicht geben, die dem Wahlvolk im Oktober von der SPD/CDU-Stadtverwaltung präsentiert werden soll. Für einen würdigen Nachfolger Littmanns ist so etwas auch gar nicht vorstellbar; schließlich gibt es hierzulande für Randgruppen institutionalisierte Aufenthaltsmöglichkeiten - die Obdachlosenasyale (neben Irrenhäusern und Gefängnissen). Konsequenter bot Kantzenbach abends im Wagen des Einsatzleiters Vogel den Ärzten der Psychiatriegruppe an, sie und ihre Patienten in den städtischen Obdachlosenasylen Schwanheim und Schifferbunker (10 km voneinander entfernt) trotz Platzmangels bevorzugt unterzubringen.

Rechtsanwälte Armin Golzem
Inge Hornischer
Bernd Koch
Rupert v. Plottnitz
Helmut Riedel
Johannes Riemann

die Rechnung geht nicht auf!

Besetzte Häuser sind den Herrschenden ein Dorn im Auge: ihr Gewaltmonopol, ihr über alles geschütztes Eigentum wird angetastet: die Bevölkerung im Westend hat sich in Demonstrationen mit den politischen Gruppen solidarisch erklärt, die solche Besetzungen leerstehender Häuser unterstützt haben - Wohnraumangel, unerschwingliche Mieten und Häuserzerstörung haben sie stutzig gemacht.

In der Jügelstraße, die Ende letzter Woche "geräumt" wurde, wohnten politisch engagierte Studenten und Freaks, scherten sich umeinander wenig, regelten aber alle Konflikte selbst, indem sie die Häuser selbstverwaltete.

Als es zu einer Auseinandersetzung um eine Wohnung kam, zogen die Studenten aus - der Konflikt sollte nicht mit Gewalt und auf keinen Fall mit Hilfe der Polizei "gelöst" werden.

Aber da machte einer einen Strich durch die Rechnung: Universitätspräsident Kantzenbach ließ die Häuser allesamt in einer brutalen Nacht- und Nebelaktion durch die Polizei räumen - mit der Begründung, jetzt, wo keine Studenten mehr dort wohnten, könne er die Hippies rausschmeißen (dabei hätte er früher eine angemessene Auszugsfrist zugesichert, sobald der Mensa-Neubau, der dort entstehen sollte, finanziell abgesichert sei).

In derselben verlogenen Manier behauptete Kantzenbach, die Studenten hätten ihn gebeten, die Jügelstraße nunmehr zu räumen.

Welches Kalkül steht hinter dieser absurden Behauptung? Die Hippies sollten hinter dem brutalen Polizeieinsatz die Studenten sehen und gegen diese aufgehetzt werden.

Sie sollten in die Häuser eindringen, die bereits von linken Gruppen besetzt sind und dort wiederum den Anlaß für neue Räumungen zu geben. Nachdem die Hippies als "kriminelle Elemente" diffamiert worden sind (FR), sollte es ein Leichtes werden die besetzten Häuser und die politischen Gruppen zu kriminalisieren und "auszuheben."

Prompt wurden dann auch alle besetzten Häuser in der Bockenheimer Landstraße außer einem durchsucht, Flugblätter und Ausweise beschlagnahmt - bei welcher Tätigkeit die Polizei mit Schnellfeuerwaffen ausgestattet war.

Kantzenbach und der Frankfurter Polizeiführer Müller wollten natürlich erst recht seit dem Wisostreik der Erstsemester, den die politischen Gruppen erfolgreich unterstützt hatten, diese linken Gruppen zerschlagen. Dafür sollten die Hippies herhalten. Aber Kantzenbach und sein Intimus Müller, von dem man in letzter Zeit wohl nicht zu Unrecht vermutet, er wolle im Senatstrakt der Universität eine Zweigstelle des Polizeipräsidiums einrichten, ha-

ben sich gründlich verrechnet: die Hippies besetzten in einer selbständigen Aktion drei leere Wohnungen in der Eschersheimer Landstraße und werden weiter leere Häuser besetzen, wenn die Stadt ihnen nicht gleichwertige Ersatzwohnungen beschafft, nachdem die Polizei ihnen ihre Wohnungen und Habseligkeiten buchstäblich zerschlagen hat. Sie wissen, daß ihr Gegner der kapitalistische Gewaltapparat und die Bürgerkriegsarmee (ehemals Polizei) ist, die nunmehr auch an ihnen erprobt wurde.



Offenbar scheint es diesem Polizisten sogar noch Spaß zu machen.

Ein Bewohner des Hauses Jügelstr.15:

"Am Mittwoch abend hatten wir uns noch überlegt, wie man die Straße verschönern könnte. Niemand hatte uns Bescheid gesagt, daß wir ausziehen müßten. Am nächsten Morgen wurden wir etwa um 7 Uhr aus dem Schlaf gerissen, dabei fotografiert (das gab natürlich Bilder, wie man sich Rauschgiftsüchtige vorstellt! Wir waren ja noch halb im Schlag, nicht angezogen und in den Betten) - und brutal auf die Straße und in die Polizeiwagen gezerrt. Wir durften keinerlei Sachen mitnehmen, Geld und alle persönlichen Dinge, Bücher, Bilder etc. blieben dort. Im Präsidium wurden unsere Personalien überprüft, dann kamen wir zum Gesundheitsamt. Dort wurde uns allen Blut abgezapft. Wies jemand darauf hin, daß dies widerrechtlich sei, oder verlangte, mit einem Rechtsanwalt zu telefonieren, so wurde er tätlich bedroht. Erst gegen 16 Uhr kam ich da raus. An der Bockenheimer Warte war alles abgesperrt. Nach der Polizei waren die Möbelpacker angerückt und hatten Matratzen, Lampen, Porzellan, alles zum Einpacken aus dem Fenster auf die Straße geworfen. Persönliche Bilder und Posters hatten sie zurückgelassen. Wir selbst durften überhaupt nicht mehr rein - keiner. Wir durften noch nicht einmal die Matratzen ins Trockene bringen: noch am nächsten Morgen lagen sie im Regen vor dem Haus, weil die Transportarbeiter um 18 Uhr Feierabend gemacht hatten.

Polizei-Einsatz in der Psychiatriegruppe 41, Jügelstr. 7

Kurz vor 7 Uhr entdeckt Wolfgang Leuschner, einer unserer Ärzte, der im 3.Stock mit ehemaligen Patienten der Nervenklinik in einer therapeutischen Wohngemeinschaft lebt, das Anrücken eines Möbelwagens. Irrtiert rennt er aus dem Haus, um Herrn Grund (Kuratorium) zu fragen, was das zu bedeuten habe. Herr Grund weiß von nichts. Im gleichen Augenblick rollt die Polizei ein. Leuschner rennt zu Herrn Thümen, der sich ebenfalls hier aufhält: "Herr v.Thümen, Sie wissen doch, daß in Haus 7 therapeutische Wohngemeinschaften sind. Es wird doch nicht in den Polizeieinsatz einbezogen? Dort leben Schwerkranke mit Ärzten und Studenten." Herr v.Thümen: "Doch, das ist eine Razzia. Ihr Haus draußen zu halten, ist jetzt zu spät." Inzwischen rollen Unmengen von Polizeiwagen ein. Leuschner stellt sich der anstürzenden Polizeitruppe in den Weg und informiert auch die Polizisten von der Existenz dieses psychiatrischen Kommunikationszentrums (Plenumraum, Theorie-

raum, Fernsehraum, ein heilpädagogischer Kindergarten, der Wohnraum eines Patienten). Aber die Polizei bricht die Türe auf. Im zweiten Stock (hier wohnen zwei Ärzte, eine Psychologiestudentin, die bei uns ihr Praktikum macht, ein Medizinstudent, drei Patienten, eine Ethnologiestudentin) stellt sich ihnen einer der anwesenden Ärzte, Mathis Bromberger, in den Weg: "Bitte, hier wohnen Patienten, seien sie vorsichtig, gehen Sie nicht so rüde mit ihnen um", aber die Polizisten scheuchen die Patienten aus ihren Betten. Auf die Frage nach dem Einsatzleiter oder dem Namen eines Polizisten, wird mit Unflätigkeiten geantwortet. Die Pässe, mit denen sich die Ärzte als solche ausweisen wollten, werden nicht zur Kenntnis genommen. Mit den Patienten geht die Polizei wie folgt um: Josef hat sich aus psychischen Gründen lange eingeschlossen. Als bei ihm in der Frühe heftig gegen die Tür geschlagen wird, gerät er in einen panikar-

tigen Zustand und ist unfähig, aufzustehen. Trotz Bitten des Arztes bricht die Polizei die Tür ein und stürmt ins Zimmer: "Los anziehen, den Jagdschein kannst du später zeigen." Er wird zweimal nach Waffen durchsucht. Obwohl er sich nicht im geringsten wehrt, wird er äußerst rüde behandelt und in den Polizeiwagen gezerrt. Im zweiten Stock wird Leuschner angebrüllt: "Los, ab ins Präsidium. Daß man Arzt ist, kann jeder sagen. Zieht doch indas Land, das Ihr verherrlicht, hier gehört ihr an den Galgen!" Die Bitte, einen Anwalt rufen zu dürfen wird verweigert. Als Bromberger sich dennoch ans Telefon setzt, wird er von Polizisten umringt. Einer schlägt ständig auf die Gabel, zwei andere schlagen B. ständig auf den Hinterkopf. Mühsam kommt ein Gespräch mit den Anwälten zustande.

Mit heftigen Puffen in den Rücken und mit Fußritten wird B. dann die Treppe hinuntergeschubst. Bemerkungen von B., man möge doch die Schläge unterlassen, werden mit Drohungen beantwortet: "Wenn du jetzt nicht das Maul hältst, nehmen wir dich mit nach oben in ein Zimmer und hauen dich durch." Draußen steht ein Polizeifotograf. Als Bo. sich gegen diesen Erkennungsdienst zu wehren sucht, indem er sein Gesicht mit dem Arm verdeckt und den Kopf abwendet, wird er gewaltsam zum Fotografen gedreht: "Von dir machen wir jetzt ein schönes Foto". Ähnlich ging es dem Medizinstudenten H. Müller; als er sein Gesicht mit dem weißen Kittel verdecken will, traktiert man ihn mit Kopf- und Kinnschlägen. Leischner wird mit Puffen die Treppe hinuntergestoßen. Ebenso ein weiterer Patient. Alle Mitglieder der Psychiatriegruppe 41, die sich in der Wohnung befanden - neun Patienten, zwei Ärzte, ein Medizinstudent, eine Krankenschwester, eine Psychologiestudentin - werden wie Kriminelle abgetastet, fotografiert und wie Vieh abtransportiert.

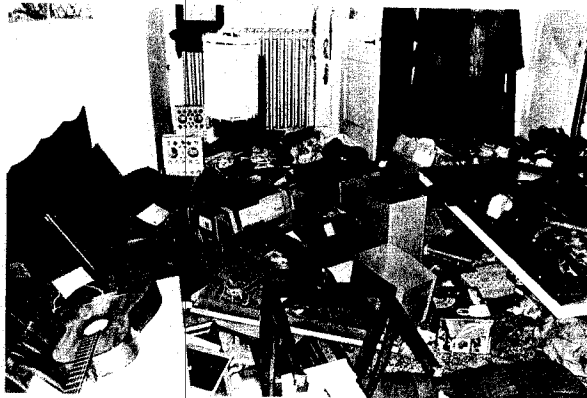
Als sie später in ihre drei Wohnungen zurückkommen - nur unter großen Schwierigkeiten werden sie hereingelassen - finden sie ein Chaos vor. Mit vandalistischer Zerstörungswut ist alles zusammenge schlagen worden: Schränke sind umgekippt, Schubladen herausgerissen, alle Möbel umgeworfen, Bücher zu Scheiterhaufen zusammengekehrt, darauf Apfelsinen zertrampelt; Kleider, Wäsche, Schmuck, persönliche Gegenstände durcheinandergeschmissen, wertvolle Kunstgegenstände und Plattenspieler zerstört. In den Ärztezimmern sind die Medikamentenschränke aufgebrochen, die Ampullen entwendet (auf der Pressekonferenz der Polizei wurden sie dann später als in der Jügelstr. "gefundener" Stoff vorgeführt), andere Medikamente am Boden zertrampelt oder inkassiert. Auf Fragen räumt der Truppführer kleinlaut ein: "So schlimm ist es tatsächlich noch bei keinem Einsatz zugegangen." Gestapo-Horden hätten sich nicht schlimmer gebärden können. (Kommentar eines Polizisten aus Mülheim am nächsten

Tag: "Was die Frankfurter, Polizei da angerichtet hat, ist wirklich eine Sauerei. Ich fühle mich an die Kristallnacht erinnert."

Unsere Anwälte bitten um Erlaubnis für den Zugang eines Pressefotografen, der die Verwüstungen aufnehmen soll. Herr Panitz lehnt ab. Presse war bereits da (vor der Verwüstung): "Alles hat vor den Augen der Öffentlichkeit stattgefunden, und im übrigen sah alles vorher genauso aus wie jetzt." Weder Herr Müller noch Herr Panitz sind bereit, sich den Zustand der drei Wohnungen anzusehen. Und als sie gefragt werden, ob sie sich darüber im klaren seien, daß hier die therapeutische Arbeit eines ganzen Jahres zerschlagen worden sei, zuckt Panitz mit den Schultern: "Was gehen mich Nervenranke an. Dafür haben wir schließlich Kliniken." Müller läßt sich später zu folgender Bemerkung gegenüber einem Arzt hinreißen: "Sie sind ja nur böse, daß Ihre Idylle zerstört worden ist."

Nach einer Pressekonferenz, die wir einberufen hatten, holen wir die Herren Thümen und Kantzenbach aus einer Sitzung. Wir wollen von ihnen wissen: 1. Wieso wurden wir

Psychiatriegruppe mit Wohnkollektiven gewußt habe. Auf die Nachfrage, ob er nicht gewußt habe, daß sich in der Jügelstr. 7 ein therapeutisches Kommunikationszentrum befinde, gibt er dies zwar zu, bestreitet aber, von Wohnungen gewußt zu haben. Auf die Frage, wie er sich denn ein therapeutisches Zentrum in rund zwanzig Räumen vorstelle, sagt er: "Ich habe geglaubt, da stehen ein paar Stühle, und einmal in der Woche treffen sich da Leute zum lockeren Gespräch. Unter Psychotherapie kann ich mir ja nicht viel vorstellen." Herr Strobel wird gefragt, warum Herr Grund, der von den Wohngemeinschaften gewußt haben muß, da er häufiger in unseren Räumen war, uns noch kurz vor dem Polizeieinsatz keine Informationen gegeben habe. Die Antwort: "Das durfte er gar nicht." Wir bohren nach. "Aus Sicherheitsgründen" war beschlossen worden, uns nicht zu informieren. Einsatzleiter Vogel sagt uns am Abend: "Hätte man mich noch kurz vor dem Einsatz verständigt, wäre das nicht passiert." Und H.v.Thümen gibt noch folgenden Hinweis: Wir konnten Ihr Haus nicht aussparen, weil wir befürchteten, daß dann die anderen



Dies war ein Schrank!

vom Polizeieinsatz nicht informiert, obwohl der Universitätsleitung und dem Kuratorium die Existenz eines therapeutischen Kommunikationszentrums in der Jügelstr. 7 bekannt war? 2. Wer ist für den Polizeieinsatz verantwortlich? 3. Wo sollen jetzt die auf die Straße gesetzten Mitglieder unserer Gruppe hin, die aus therapeutischen Gründen - vor allem nach diesem Schock - auf jeden Fall zusammenbleiben müssen?

Auf die erste Frage bekommen wir die folgenden widersprüchlichen Antworten: H.v.Thümen hatte am Morgen beteuert, es sei wiederholt versucht worden, uns anzurufen (was nicht wahr sein kann, denn es befand sich immer jemand in der Nähe des Telefons). Kantzenbach betont, es wäre nicht nötig gewesen, uns zu informieren, da keiner von der Existenz einer

Ihr Haus stürmen" (eine merkwürdige Befürchtung angesichts dieses Polizeiaufgebots und der Tatsache, daß die 200 Leute der Jügelstr. erst einmal in Polizeigewahrsam genommen worden waren. Außerdem hatten in den Tagen der Unruhen in der Jügelstr. Rocker und Freaks mehr Verständnis für unsere Gruppe als Polizei und Universität. Sie betonten immer wieder, daß sie uns in Ruhe lassen würden).

Auf unsere Frage, wer oder was den Polizeieinsatz veranlaßt habe, sagt Herr Kantzenbach: "Glauben Sie nicht, daß ich mich vor irgendeiner Verantwortlichkeit drücke, aber angesichts der Vorkommnisse der letzten Tage habe ich alle Mitscheidungs-gewalt dem Polizeipräsidenten überantwortet. Im übrigen ging die Initiative für den Einsatz von den Studenten der Jügelstraße aus, die mich um Schutz bat." Wenig später: "Ich kann

patientenberichte der gruppe 41

es Ihnen schriftlich geben, daß ich für diesen Einsatz nicht verantwortlich bin." Er gab es uns schriftlich. Er zeigte uns einen Brief, der im Wortlaut besagte: "Sehr geehrter Herr Kantzenbach, wir bitten Sie, nach §... dafür zu sorgen, daß in der Jügelstr. in Zukunft keine Obdachlosen und Randgruppen wohnen." Der Brief war unterschrieben von Polizeipräsident Müller.

Gegen acht Uhr bieten uns Kantzenbach und Einsatzleiter Vogel eine neue Wohngelegenheit an für unsere Patienten und Ärzte: zwölf Plätze im Obdachlosenasyl Sachsenhausen! (Und das nach dem Vorwurf, wir hätten es gewagt, unsere Psychiatriegruppe "im Milieu" der Jügelstr. aufzubauen.)

Nochmals weisen wir darauf hin, daß sich in unseren Wohnungen noch wertvolles Mobiliar befinde. Darauf Vogel: "Da können Sie doch ganz beruhigt sein. Sie sehen doch, alles wird von der Polizei bewacht, da kann niemand andres dran." In der Tat: außer der Polizei konnte niemand an unser im Haus verbliebenes Eigentum heran - und sie hat auch noch in der Nacht ganze Arbeit geleistet: am nächsten Morgen waren weitere Verwüstungen angerichtet worden - ein wertvolles antiques Möbelstück, einer Patientin leihweise überlassen, und anderes Eigentum waren in Stücke zerschlagen, die Zimmer mit infamen Parolen vollgeschmiert: z.B. "Killroy was here!"

Psychiatriegruppe 41

HÄUSERRÄUMUNGEN :

Übungsfeld für
Militärmanöver

hannover, 11. 12. 71:
besetzung eines leerstehenden
fabrikgebäudes in der arndt
str.
einrichtung: kinderladen,
drogenberatungsstelle,
wohnraum f. ausl. arbeiter.
beginn d. räumung:
1412, 4.00h morgens
sturmangriff von mehr als
1200 bullen gegen 108 haus
besetzer, 2 wasserwerfer,
2 sturmpanzer.
aufforderung zur räumung:
4.30h, 15min frist, danach
werden mit panzern die
türen niedergewalzt, eine
entmenschte horde stürzt
herein und wütet mit
ungeheurer brutalität.
sachschaden des militärischen
sturmangriffs: 200000 dm.

Hans (Arbeiter): Als ich von der Arbeit zurückkam, viertel nach eins, war das Haus, das völlig intakt und in Ordnung war, demoliert und die waren am Ausräumen gewesen. Ich hab grad noch meine Sachen erwischt und konnte sie sicherstellen. Warum hat man die Sachen demoliert? Das verstehe ich nicht. Das darfs doch nicht geben. Mein Zimmer war vollkommen intakt. Ich kann mir das nur so vorstellen - und das ist auch so - daß die Polizei den Eindruck darstellen wollte, die Wohnung wär vollkommen verludert und verwahrlost.

Heide: Und nachdem ich gehört habe, daß die planen, die ganze Psychiatriegruppe zu zerschlagen, und daß jetzt womöglich alles auseinandergeht, jetzt bin ich - daß hat mich wirklich sehr stark angegriffen - und ich weiß nicht, ich fürchte, daß ich in Zukunft vielleicht doch wieder krank werde und in der Nervenklinik lande, nachdem ich gerade jetzt zu der Gruppe eine ziemlich starke Bindung hatte und das wird jetzt alles zerstört und wir zerstreuen uns in alle Winde.

Hans: Ich weiß, daß sich unser Zustand in einem Jahr in der Jügelstraße sehr gut gebessert hat - und überhaupt durch die Gruppentherapie und durch die Therapie: wir sind so aus uns rausgegangen und haben uns richtig wohlgefühlt... Und der Polizeipräsident, der sagte zum Dr. Leuschner, es sei unverantwortlich, daß ein Psychiater psychiatrische Patienten in dieses Milieu gebracht hat. Ich hab mich dermaßen aufgeregt, ich hab Kopfschmerzen - also das ist eine ungeheure Frechheit. Das kann ich nicht verstehen. Wir haben unser Haus pikobello zurückgelassen. Ich hab sauber gemacht.

Es fehlt jetzt nur noch, daß wir Sicherheitsverwahrung oder Schutzhaft beimommen, davor hab ich ein bißchen Angst, weil ich die Methoden kenne; ja, wie psychisch Kranke behandelt werden in den Kliniken in Hessen und überall und daß sie uns noch zwangseinweisen. Nachdem, was ich heute morgen von dem Einsatzleiter und von der Polizei gehört habe.



Einsatzleiter Vogel: "Da können Sie doch ganz beruhigt sein.... Alles wird von der Polizei bewacht."

darmstadt:
initiativgruppe wohnen u. roter punkt martinsviertel besetzen das hotel "traube" und die "oettinger-villa".
räumung der oettinger-villa:
2 hundertchaften bereitschaftspolizei + 30 darmstädter einsetzungsbullen stehen 40 hausbewohner gegenüber.
die villa wird mit maschinenpistolen, kreuzhacken, brecheisen etc. gestürmt, dabei die holztäfelung zerschlagen, möbel aus dem fenster geworfen.
bilanz des bulleneinsatzes: 300000 dm sachschaden durch bullenvandalismus.

"der ganze einsatz war überflüssig wie ein kropf"
(äußerung eines darmstädter polizeikommissars)

§ Rechtsstaat, Du gar wunderliches Ding!

Nachdem der zwischen Uni-
versität und AStA nach der
Besetzung des Hauses Jügel-
straße 9 geschlossene Ver-
trag am 11. Okt. 1971 vom AStA
gekündigt und nachdem mittler-
weile auch die übrigen Häuser
in der Jügelstraße besetzt wor-
den waren, fand am 14. Okt. ein
"Go - in" der Bewohner der Jü-
gelstraße beim Haushaltsaus-
schuß des Senats der Universi-
tät statt, das zu folgender
Vereinbarung zwischen Uni und
Häuserselbstverwaltung führte:

1. Die von der Universität
nicht genutzten Räume sollen
bis zu dem Zeitpunkt genutzt
werden, an dem sie abbro-
chen werden müssen, um den
Bau der Mensa II nicht zu
verzögern.
2. Es sollen der Universität
keine Kosten aus der Instand-
setzung oder Erhaltung dieser
Räume entstehen.
3. Es sollen den Bewohnern kei-
ne Kosten entstehen, die über
die Instandsetzung und laufende
Bewirtschaftung hinausgehen.
4. Die Universität verlangt von
den Bewohnern keine Miete."
(Uni-Report vom 13. Jan. 72, S. 1)

Sonstige Auflagen wurden der
Selbstverwaltung nicht gemacht -
insbesondere wurde ihnen das
Recht der Wohnungsverteilung zu-
gestanden. Für die Uni ergab sich
die Pflicht, die Bewohner der Jü-
gelstraße von dem Abbruch der
Häuser rechtzeitig, d.h. einige
Wochen vorher, zu informieren.

Diese Vereinbarung ist rechtlich
zu qualifizieren als unentgelt-
licher Nutzungsvertrag zur Über-
lassung zu Wohn- und Arbeitszwe-
cken.

Uni-Präsident Kantzenbach hat
durch sein Verhalten und seine
Stellungnahmen - auch nach den
Ereignissen zwischen Nov. 71 und
Jan. 72 (Razzien, Beschlagnahme
von Haschisch, Verhaftungen) -
niemals die Gültigkeit der von
ihm mit den Bewohnern der Jügel-
straße getroffenen Vereinbarun-
gen in Zweifel gezogen.
Die Bewohner der Jügelstraße hat-
ten also eindeutig ein Recht dar-
auf, dort zu wohnen. Wenn Kantzen-
bach also sagte: "Sie haben keiner-
lei Recht, hier zu wohnen; Sie wer-
den bloß geduldet; es besteht kei-
ne Rechtsgrundlage", so ist er
nicht nur "kein Jurist", sondern
schlicht ein Lügner.

Kantzenbach, Präsident der Knut-
Müller-Hochschule, hatte jedoch
keinen großen Gefallen an den
"neuen" Bewohnern der Jügelstr.

Um sie zu vertreiben, hätte er den
Zivilrechtsweg einschlagen müssen
(Klage wegen Zweckentfremdung der
Wohnungen, evtl. verschiedene In-
stanzen, möglicherweise Einschrei-
ten des Gerichtsvollziehers).
Auch ein strafrechtliches Vorge-
hen wäre für ihn zu müßig gewe-
sen, hätte er doch jedem Einzel-
nen eine Straftat nachweisen müs-
sen.

Dieser rechtsstaatliche Weg war
Kantzenbach, Müller und Co. zu
umständlich. Sie wollten "kurzen
Prozeß" machen. Ein Bulleneinsatz
beseitigt "das Übel" schnell und
gründlich.

Dieser Einsatz reiht sich nahtlos
ein in die Kette von Verfolgungs-
und Repressionsmaßnahmen, bei de-
nen die Justiz immer seltener be-
anspruchung wird, und die Polizei
immer häufiger allein aufgrund
der polizeilichen Generalklausel
des § 1 HSOG, Hessisches Sicher-
heits- und Ordnungsgesetz ("Ge-
fahr für die öffentliche Sicher-
heit oder Ordnung"), eingreift,
einem Gummiparagrafen, mit dem
die Juristen machen, was ihnen
paßt.

Die Polizei stützt ihren Einsatz
darauf, daß "Gefahr im Verzuge"
gewesen sei. Genauer erfährt
man aus der FR vom 9.3.: in den
Häusern bestehe Brand- und Ge-
sundheitsgefährdung; eine Reihe
von Auflagen der Bauaufsicht sei
nicht erfüllt worden. Daneben
wird die Jügelstraße durch Be-
richte und Gerüchte über Rausch-
giftfunde, illegalen Waffenbe-
sitz (den es in Wirklichkeit

nicht gab), Prostitution und Aus-
einandersetzungen zwischen den Be-
wohnern zum allgemeinen Unruheherd,
zu einer "Pestbeule" hochstilisiert.
§ 1 II HSOG, auf den sich die Poli-
zei bezieht, verlangt, daß "eine
Störung der öffentlichen Sicher-
heit oder Ordnung unaufschiebbar
zu beseitigen oder von der All-
gemeinheit oder dem einzelnen ei-
ne unmittelbar bevorstehende Ge-
fahr abzuwehren ist." Polizeiprä-
sident Müller widerspricht sich
also selbst, wenn er einen Tag vor
der angeblich unaufschiebbaren Poli-
zeiaktion zugeben muß, es sei
in den Häusern bis auf die Vor-
kommnisse vom Dienstag (Ausein-
andersetzungen unter den Haus-
bewohnern) "ruhiger" geworden.
(FR vom 9.3.)

Wo ist denn die unmittelbare Ge-
fahr, wenn die Lage "ruhiger ge-
worden" ist?

Die angebliche Gefahr, die von
der Jügelstraße ausging, war nur
ein Vorwand für die Polizei, eine
erneute generalstabsmäßige Not-

standsübung zu inszenieren. Poli-
zeilicher Vandalismus schert sich
einen Deut' um die Verhältnismä-
ßigkeit der Mittel. So ist eine
Aufforderung, die Häuser zu ver-
lassen, nie erfolgt. In einigen
Wohnungen sprangen die Bullen ge-
radewegs durch die Türfüllungen
herein. Soll dadurch die Fest-
stellung der Personaliien erleich-
tert werden? Ist es dazu notwen-
dig, die gerade aus dem Schlaf
aufgeschreckten Bewohner zu ver-
prügeln und das Mobiliar zusam-
menzuschlagen?

Im Haus Jügelstr. 7, in dem ein
von der Psychotherapeutischen Be-
ratungsstelle, eine Einrichtung
der Uni, betreutes Patientenkol-
lektiv wohnte, ließen die Bullen
zuerst, einem Amoklauf gleich, ihre
Wut aus und hinterließen ein Trüm-
merfeld (vgl. Bilder), obwohl ge-
rade hier nicht der geringste Ver-
dacht auf eine Gefährdung der öf-
fentlichen Sicherheit bestand. Die
Abwendung einer solchen Gefahr war
auch gar nicht der Zweck der Räu-
mung: vielmehr sollte eine Gruppe
von Ärzten und Patienten, die
die Krankheit als durch die Ge-
sellschaft erzeugt bergreifen,
kriminalisiert werden. Was sonst
wollten die Herren von der Sicher-
ungsgruppe Bonn dort?



Aus der Wohnung einer Beat-Gruppe:

Tonabnehmer (Saxophon) fehlt,
Trommelfell getetzt und beschädigt,
Gestelle verbogen,
Mikros kaputt.

(Der Schaden wird von kompetenten
Leuten bestätigt. Die Gruppe will
Strafantrag stellen)

Rote Hilfe

6000 Ffm, Jügelstr. 1
c/o AStA

Konto Nr.: 4116604
Dresdner Bank